



Kein Ort für Neonazis in Sachsen-Anhalt

www.keinortfuerneonazis.blogspot.de

Die NPD und ihr Wahlprogramm zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

Die rechtsextreme Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) tritt zu den Landtagswahlen am 20. März 2011 in Sachsen-Anhalt mit dem Ziel an, die Fünfprozenthürde zu überwinden und so – neben Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern – in einen drittes Landesparlament einzuziehen.

Seit der letzten Landtagswahl im Jahr 2006 vollzog sich im Landesverband der NPD ein umfassender Erneuerungsprozess, der es der Partei ermöglichte, ihre politische Kommunikation zu professionalisieren und als scheinbar seriöser politischer Akteur im Land aufzutreten. Anders als in den zurückliegenden Jahren sucht die NPD im Wahlkampf alles zu vermeiden, was tauglich wäre, sie im neonazistischen Spektrum zu verorten. Rechtsextreme Identitätsthemen, wie der Geschichtsrevisionismus oder ein offener Rassismus, spielen in der politischen Kommunikation der Partei im Wahlkampf kaum eine Rolle. Stattdessen bemühten sich ihre Wahlkampfstrateg/innen bereits Monate vor Beginn des eigentlichen Wahlkampfes, der NPD ein bürgernahes und mittelstandsorientiertes Image zu geben.

Mit den bisher verfügbaren Wahlkampfmaterialien präsentiert sich die NPD als bürgernahe Alternative zu den als „Altparteienkartell“ denunzierten demokratischen Parteien. Die gewählten Themen und ihre inhaltliche Präsentation bedienen hintergründig die in der Bevölkerung vorhandene Ressentimentstruktur und Demokratiefeindlichkeit. Unter Verzicht auf offenkundige neonazistische Inhalte propagiert das Wahlprogramm der NPD zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt eine autoritäre Gesellschaft, deren Paradigmen, Normen und Moralvorstellungen sich am Weltanschauungssystem des völkischen Nationalismus orientieren. Im folgenden soll gezeigt werden, dass das Programm der NPD nur wenige landesspezifische Themen aufgreift, politische Konzepte allenfalls andeutet und im Wesentlichen rechtsextreme Ideologieelemente zu paraphrasiert.

Ideologie statt Konzepte

Unter dem Titel „Alle Kraft für unser Land – Unser Wahlprogramm“ hat der NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt am 10. Januar 2011 ein 28seitiges Dokument vorgelegt, in dem sie ihre politischen Ziele skizziert. Das Programm wurde von

einer Arbeitsgruppe unter Leitung des NPD-Landesvorsitzenden Matthias Heyder erarbeitet.¹

In seinem Vorwort macht NPD-Spitzenkandidat Heyder die im Landtag vertretenen Parteien für eine Entwicklung verantwortlich, die er mit den Worten „*wirtschaftlicher Niedergang, Stagnation und Abwanderung*“² charakterisiert. Im letzten Absatz seines Vorwortes verwendet Heyder mit der Aussage: „*Helfen Sie mit, die abgewirtschafteten Altparteien vor uns her zu treiben.*“³ eine Terminologie, wie sie für die antiparlamentarische Diktion der NPD typisch ist. Zwar soll die Rede von den „abgewirtschafteten Altparteien“ die demokratiefeindlichen Anti-Establishment-Ressentiments der Wähler/innen ansprechen. Zugleich jedoch zielt die Denunziation der bisher im Landtag von Sachsen-Anhalt vertretenen Parteien auf eine Diskreditierung des Parlamentarismus.⁴

Das nachstehende Wahlprogramm ist formal in sechs Themenbereiche gegliedert, zu denen die Partei Stellung nimmt. Allerdings fehlt es dem Text an inhaltlicher Stringenz. So wechseln die Autor/innen beständig zwischen Lagebeschreibung, ideologischen Stigmatisierungen und den Lösungsvorschlägen der NPD.

Wirtschaft

Breiten Raum nimmt das Thema Wirtschaft im Wahlprogramm der NPD ein. Unter dem Gliederungspunkt eins paraphrasiert das Wahlprogramm die Theorie von der so genannten raumorientierten Volkswirtschaft.⁵ Diese postuliert eine Abkopplung der deutschen Wirtschaft von den Mechanismen des globalen Marktes und der internationalen Arbeitsteilung. Stattdessen favorisiert die Partei eine regionale Subsistenzwirtschaft und die Schaffung eines autarken deutschen Marktes. Im Wahlprogramm firmiert dieses Konzept unter dem Stichwort „Regionale Wirtschaftskreisläufe statt globaler Spekulation“. Die Ursache für die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise sehen die Autor/innen des NPD-Wahlprogramms in „*der Entkoppelung von Unternehmertum und Verantwortung sowie in einer nicht vorhandenen Raumgebundenheit des Kapitals.*“⁶ Nur vor diesem ideologischen Hintergrund ist das wirtschaftspolitische Primat der NPD für den Mittelstand zu verstehen. Entsprechend fordert die Partei, international tätige Unternehmen von der Wirtschaftsförderung auszuschließen, da diese nur kurzfristig Arbeitsplätze schafften und „*ihre Tätigkeit nicht an Volk und Ort gebunden*“⁷ sei. Diesem hier zum Tragen kommenden Konzept liegt die Vorstellung einer Dichotomie zwischen dem „ortlos raffenden“ Finanzkapital einerseits und dem völkisch gebundenen „schaffenden“ Kapitals andererseits zugrunde. Dies suggeriert eine antisemitische Assoziationskette, die keiner expliziten Formulierung bedarf.

1 Vgl. Deutsche Stimme 10/2010, S.14.

2 NPD Landesverband Sachsen-Anhalt (Hrsg.), Alle Kraft für unser Land - Unser Wahlprogramm, <http://www.npd-sachsen-anhalt.de/index.php?s=24>, eingesehen am 25.01.2011, S. 4.

3 Ebd. S.5.

4 Begrich, David, Instrumentelles Verhältnis: Parlamentarismus und extreme Rechte, in: Miteinander e.V. (Hrsg.), Newsletter, Nr. 23 (2009), S. 2-3.

5 Vgl. Ptak, Ralf, Welche Wirtschaftspolitik will die NPD?, in: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian, 88 Fragen und Antworten zur NPD; Wochenschau Verlag 2008, S. 135ff. ; Vgl. Miteinander e.V./Arbeitsstelle Rechtsextremismus (Hrsg.), Rechtsextreme Krisendiagnostik, AREX_Hintergrundpapier 5/2009.

6 NPD Sachsen-Anhalt (Hrsg.), Alle Kraft für unser Land - Unser Wahlprogramm, S.6.

7 Ebd. S.6.

Auf der Handlungsebene verspricht die NPD die Etablierung eines Mittelstandförderungsprogramms, innerhalb dessen Steuervergünstigungen gewährt werden sollen und der Abbau bürokratischer Hürden für kleine Unternehmen umgesetzt werden soll. Ergänzt wird dies um die Ankündigung von „Ausgleichszahlungen für die zu hohen Lohnnebenkosten.“⁸ Wie diese finanziert werden sollen, bleibt offen.

Europäische Union

Die Ablehnung der Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU geht für die NPD einher mit einer generellen Skepsis gegenüber der EU. Das Wahlprogramm propagiert hier den für die NPD und ihre parlamentarische Praxis typischen Standortnationalismus: „Wir fordern die Abschaffung der EU-weiten Ausschreibungspraxis. Öffentliche Aufträge sind bevorzugt an heimische Unternehmen zu vergeben.“⁹ Auch wenn der Europäischen Union im NPD-Wahlprogramm als politische Einheit kein explizites Kapitel gewidmet ist, lassen die Ausführungen erkennen, dass die NPD als Gegnerin des europäischen Integrationsprozesses auftritt. In der Publizistik der Partei ist die EU ausschließlich mit negativen Vorstellungen assoziiert. An die Stelle der als „plutokratisch“ geschmähten EU soll nach den Ideen der NPD und anderer Strömungen der extremen Rechten ein „Europa der Vaterländer“ treten, also ein Assoziation nationalistischer bzw. völkisch determinierter Staaten.¹⁰

Antieuropäische Ressentiments werden im Wahlprogramm auch dort aufgegriffen, wo es um die Vorstellungen der NPD zur Währungspolitik geht. So fordert die Partei im Kapitel „Arbeit und Währung“ die Rückkehr zur D-Mark und den Ausstieg Deutschlands aus dem Europäischen Währungssystem. Zugleich sollen Griechenland und andere südeuropäische Staaten aus der Währungsunion ausgeschlossen werden. Die Kernforderung der NPD lautet: „Eine Rückkehr zur Deutschen Mark ist notwendig. Sie garantierte den Deutschen jahrzehntelang Wohlstand und Geldwertstabilität. Wenn Deutschland nicht zur Mark zurückkehrt, dann bleibt es ewiger Zahlesel in einer Transferunion.“¹¹

Landwirtschaft / Ökologie / Solarindustrie

Die NPD spricht sich auf der Grundlage eines völkischen Ökologiebegriffs¹² für ein Primat regionaler landwirtschaftlicher Produktion aus. Kern rechtsextremer Konzepte zu den Themen Ökologie und Landwirtschaft ist eine biologistische Vorstellung von Mensch und Natur, in der die Umwelt als völkisch determinierter Raum erscheint. Dementsprechend lehnt die NPD die Gentechnik und die Produktion gentechnisch veränderte Lebensmittel strikt ab.¹³ In einem gewissen Widerspruch zu den oben genannten Ausführungen zur EU steht die Forderung der NPD, die Förderung des ökologischen Landbaus durch Bund und EU über das Jahr 2013 hinaus zu verlängern. Darüber hinaus macht sich die rechtsextreme Partei für eine Beibehaltung der Solarförderung auf dem Vorjahresniveau stark und nimmt dabei auf die Entwicklung der Solarindustrie in Thalheim positiv Bezug.

8 Ebd. S.7.

9 Ebd. S.8.

10 Vgl. Dornbusch, Christian, Wie steht die NPD zur Europäischen Union?, in: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian: 88 Fragen und Antworten zur NPD, Wochenschau Verlag 2008 S. 150.

11 NPD Landesverband Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Alle Kraft für unser Land - Unser Wahlprogramm, S. 27.

12 Vgl. Geden, Oliver, Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus, Elefanten Press Verlag Berlin 1996, S.10-27.

13 Theilmann, Susanne / Striegel, Sebastian, Nazis im Maisfeld. Gentechnik und Rechtsextremismus, Oktober 2009, <http://www.keine-gentechnik.de/dossiers/rechtsextremismus.html>

Thema Arbeit / Arbeitsmarkt

Die arbeitsmarktpolitischen Aussagen der NPD sind sehr unkonkret. Im Kapitel Wirtschaft äußern sich die Programmautor/innen positiv zum Konzept der Bürgerarbeit, fordern aber existenzsichernde Löhne. Im Kapitel „Arbeit und Währung“ ist von einer Pflicht zur Arbeit die Rede. *„Wir Nationaldemokraten setzen uns [...] für ein Recht auf Arbeit sowie Ausbildung und auch für eine Pflicht zur Arbeit ein.“*¹⁴ Darauf folgt die allgemeine Aussage: *„Müheloses Einkommen für Arbeitsunwillige [...] lehnen wir strikt ab.“*¹⁵ Zugleich lehnt die Partei die Hartz IV Gesetzgebung sowie Leih- und Zeitarbeit ab. Darüber hinaus spricht sie sich für einen branchenübergreifenden Mindestlohn aus. Weitergehende konzeptionelle Überlegungen zur Arbeitsmarktpolitik finden sich im Wahlprogramm allerdings nicht.

Thema Familien- und Jugendpolitik

Kern der familienpolitischen Forderungen der NPD ist die Steigerung der Geburtenrate deutscher Kinder durch die Etablierung eines Müttergehalts. In den Landtagen von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen legte die NPD in der Vergangenheit eigenständige Gesetzentwürfe für die Etablierung eines Müttergehalts vor. Zudem will die Partei für jedes neugeborene deutsche Kind ein sogenanntes Begrüßungsgeld in Höhe von 500 Euro einführen. Mit diesen Maßnahmen soll der demographische Wandel gestoppt bzw. umgekehrt werden. Seit jeher ist die Bevölkerungspolitik ein essentieller Teil rechtsextremer Ideologie. Da die NPD einen völkisch-rassistischen Volksbegriff verwendet, stehen ethnische Kriterien für die Ausgestaltung der Familienpolitik im Vordergrund. Anders als in der Traditionsgeschichte der westdeutsch geprägten extremen Rechten spricht sich die NPD Sachsen-Anhalt für kostenlose Kindergartenplätze unter der Voraussetzung der Erwerbstätigkeit der Eltern aus.

Im Themenfeld Jugendpolitik setzt die Partei auf *„den flächendeckenden Aufbau von selbstverwalteten Jugendclubs“*¹⁶, die offenkundig der Versorgung ihrer eigenen Klientel aus dem Spektrum der rechtsextremen Jugendkultur versteht. Im Gegenzug fordert die NPD einen Stopp der angeblich *„einseitigen Förderung linkslastiger Projekte.“*¹⁷ An deren Stelle soll eine verstärkte Förderung des Breitensports treten, ohne dass die Autor/innen dies mit näheren Ausführungen belegen.

Thema sexueller Missbrauch

Einen eigenen, wenn auch kurzen Abschnitt widmet die NPD dem Thema Kinderpornographie. In den zurückliegenden Jahren suchte die Partei dieses in der Bevölkerung hochemotional besetzte Thema wiederholt zu instrumentalisieren und die Ängste von Eltern zu radikalieren. Anders als im Kontext neonazistischer Kampagnen gegen Kinderpornographie und gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern fordert die Partei im Wahlprogramm nicht plakativ die „Todesstrafe für Kinderschänder“, sondern eine Meldedatei für Sexualstraftäter/innen, die mit einer elektronischen Fußfessel versehen werden

14 NPD Landesverband Sachsen-Anhalt (Hrsg.), *Alle Kraft für unser Land - Unser Wahlprogramm*, S.25.

15 Ebd. S.25.

16 Ebd. S.24.

17 Ebd. S.24.

sowie strenge Melde- und Aufenthaltsauflagen erfüllen sollen. Ausführungen zum Thema Sicherungsverwahrung finden sich im Wahlprogramm nicht.

Thema Integrationspolitik

Erwartungsgemäß lehnt die NPD eine Integration von Migrant/innen ab. Als Negativbeispiel führt das Wahlprogramm Westdeutschland an: *„Diese westdeutschen Stadtteile sind geprägt durch Phänomene wie Abschottung, Radikalisierung, Bildungsmangel, Zwangsehen, Ehrenmorde und Bandenkriminalität und werden von den letzten Deutschen fluchtartig verlassen.“*¹⁸ Die Programmautor/innen bringen in diesem Satz alle gesellschaftlich virulenten Klischees und Ressentiments über Migrant/innen unter, um sodann zu fordern, dass es in Sachsen Anhalt keine Integration von Migrant/innen geben darf. Ethnische Homogenität wird im Wahlprogramm als Wert beschrieben, den es zu verteidigen gelte: *„Es ist das größte Kapital des Landes Sachsen-Anhalt, dass es noch von deutschen Menschen bewohnt wird und von deutscher Kultur geprägt ist.“*¹⁹ Allerdings diagnostiziert die NPD für die Großstädte Sachsen-Anhalts eine Entwicklung des Migrant/innenanteils, der jener in westdeutschen Städten vergleichbar sei. Die Partei fordert, Asylbewerber/innen nach Ablehnung ihres Asylantrages unmittelbar abzuschicken. Mit ihrer Forderung an die Landesregierung, Zahlen zu illegal in Sachsen-Anhalt lebenden Migrant/innen zur Verfügung zu stellen, suggeriert die Partei, die Zahl illegaler hier lebender Menschen sei hoch und die Landesregierung ließe die Öffentlichkeit über diese Tatsache bewusst im Unklaren. Nicht zuletzt fordert die NPD ein Verbot des Baus von Moscheen in Sachsen-Anhalt und warnt vor der angeblich bevorstehenden Ausbreitung des radikalen Islams im Land.

Im Kapitel zur Bildungspolitik fordert die Partei Sprachtests zur Schuleingangsvoraussetzung zu machen und lehnt eine gemeinsame Beschulung von deutschen und migrantischen Kindern ab. Eine angeblich drohende Überfremdung durch ausländische Schüler/innen soll so vermieden werden.

Thema Bildungspolitik

Die NPD spricht sich für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems aus. Die Zugangsvoraussetzungen für das Gymnasium will die Partei erhöhen, die Sekundarschule gestärkt sehen. Die Ausgestaltung des Unterrichts soll identitätsstiftend sein. Was die NPD darunter versteht, formuliert das Wahlprogramm so: *„Im Geschichtsunterricht ist den Schülern ein historisch wahrhaftiges Bild von Vergangenheit des eigenen Volkes zu vermitteln – ohne den heute üblichen Schuld- und Sühnekult.“*²⁰ Dies ist eine der wenigen Formulierungen im Wahlprogramm, in denen die Partei explizit ein rechtsextremes Identitätsthema, nämlich eine revisionistische Sicht der deutschen Geschichte anspricht. Dem Gesellschaftskundeunterricht unterstellt die NPD *„Hetze gegen Teile des politischen Spektrums.“*²¹

18 Ebd. S. 15.

19 Ebd. S. 17.

20 Ebd. S. 18.

21 Ebd. S. 18.

Thema Innere Sicherheit / Kritik am Engagement gegen Rechtsextremismus

Hier fordert die NPD eine Stärkung von Polizei und Feuerwehr sowie eine Rücknahme der Gemeindegebietsreform. Ein überraschender Exkurs zum Fall Battke findet sich ebenfalls in diesem Kapitel. Battke sei, so wiederholt die Partei ihre Propaganda vom Sommer 2010, einer Hetzkampagne etablierter Medien und Parteien mit dem Ziel ausgesetzt, ihn gesellschaftlich zu diskreditieren. Der Programmtext bilanziert: *„Der Fall Battke zeigt, wie bedroht die Grundrechte in Sachsen-Anhalt mittlerweile sind.“*²² Daraus folgt für die NPD die Forderung *„Bürgerrechte stärken – Vereinsförderung statt >Kampf gegen rechts<.“* Das Engagement gegen Rechtsextremismus verstößt nach Ansicht der NPD *„gegen das Demokratie- und Gleichbehandlungsprinzip – der Rechtsstaat darf nicht zum Gesinnungsstaat werden.“*²³

Fazit

Ein ausgearbeitete politisches Konzept für Sachsen-Anhalt bietet das Wahlprogramm der NPD nicht. In vielen Politikbereichen bleiben die Ziele vage umrissen und ideologisch determiniert. Gleichwohl verzichtet die Partei auf harte rechtsextreme und rassistische Wahlaussagen. Diese lassen sich jedoch im Programmtext durchaus identifizieren.

Bis auf wenige Aspekte fehlt dem Programm zudem eine konkrete landespolitische Fundierung. Stattdessen paraphrasiert das Wahlprogramm die Kerninhalte rechtsextremer Ideologie, ergänzt um jene Themen zu denen die Partei in den zurückliegenden Jahren Kampagnen entwickelte oder die an in der Bevölkerung verbreitete Ressentiments anzuknüpfen vermag. Zugleich jedoch gibt das Wahlprogramm einen Ausblick darauf, auf welche Themen und Kampagnenformen die NPD im Falle eines erfolgreichen Einzugs in das Landesparlament von Sachsen-Anhalt setzen wird. Dabei würde die Landespartei von den Erfahrungen der Landtagsfraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern profitieren.

Mit dem Wahlprogramm und der dazugehörigen Wahlkampagne zielt die NPD auf jene Wählerschichten, die Aspekte demokratiefeindlicher Einstellungen teilen oder die demokratieabstinent sind. Deren Abstiegsängste und Ressentiments sollen ohne eine bisher erkennbare Radikalisierung mobilisiert werden. Die politische Kommunikation des Wahlkampfes muss erweisen, ob es der NPD gelingt, mit diesem moderaten Image Erfolge zu erzielen.

22 Ebd. S. 14.

23 Ebd. S. 15.